



Industrie- und Handelskammer
Halle - Dessau

18. IHK-Neujahrsempfang

am 7. Januar 2008
im Anhaltischen Theater in Dessau-Roßlau

Grußwort

Dieter Steinecke
Präsident des Landtages Sachsen-Anhalt

Sperrfrist: 7. Januar 2008, 17:00 Uhr
-es gilt das gesprochene Wort-

„Als schlafenden Riesen, der geweckt werden will“, hat ein deutscher Manager einmal den Mittelstand bezeichnet. Für die meisten Regionen in Westdeutschland mag diese Einschätzung ja zutreffen. Aber in Sachsen-Anhalt vom Mittelstand als einem schlafenden Riesen zu sprechen, das halte ich für zu optimistisch. Sicher, es hat sich seit der friedlichen Revolution im Jahr 1989 viel getan.

So stellte der Präsident des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle, Ulrich Blum, kürzlich fest: „In den neuen Bundesländern haben sich an Stelle der alten, zerschlagenen industriellen Kerne neue, spezifisch ostdeutsche Kompetenzfelder herausgebildet. Ostdeutschland hat Hochtechnologien, die den internationalen Vergleich in solchen Branchen wie Mikroelektronik, Optik, Solar oder Werkstofftechnologien nicht zu scheuen brauchen. Wir sehen also eine Region, die zu neuer Stärke findet.“

Bei allen Erfolgen weiß ich, dass eine durchschnittliche Arbeitslosenquote von über 15 Prozent in Sachsen-Anhalt immer noch zu hoch ist. Die Lücke an Unternehmen und Unternehmern konnte nach zuvor 40-jähriger sozialistischer Sonderentwicklung in der DDR eben noch nicht geschlossen werden. Es fehlen die großen Mittelständler mit 3- bis 6.000 Beschäftigten, die hier ihren Stammsitz haben und den gesamten Wertschöpfungszyklus realisieren.

Ich mache mir keine Illusionen. Trotz Fördermittel und Aufbauhilfe lassen sich Unternehmerpersönlichkeiten, Geschäftsideen und Firmennetzwerke nicht einfach auf den Feldern ernten. Viel Kleinarbeit und Geduld mussten und müssen wir aufbringen.

Der Aufbau einer tragfähigen mittelständischen Wirtschaftsstruktur sollte weiterhin ein vorrangiges Ziel der Politik sein. Ist doch der Mittelstand schon immer Motor für Wachstum und Beschäftigung gewesen. Außerdem wissen mittelständische Unternehmer schon aufgrund der Nähe zu ihren Mitarbeitern, dass Artikel 14 des Grundgesetzes „Eigentum verpflichtet“ kein sozialistisches Teufelszeug, sondern eine Binsenweisheit ist. Nur sozial ausgewogenes Handeln garantiert langfristig gesellschaftliche Stabilität und damit den Unternehmern die Möglichkeit, angemessene Renditen zu erzielen.

Die Debatten um überhöhte Managergehälter und Millionen-Abfindungen spielen in Ihren Reihen ohnehin keine Rolle. Manch einer von Ihnen wundert sich sicher auch, was die Lenker internationaler Großkonzerne so alles am Monatsende überwiesen bekommen. Und versteht, wenn es in der Gesellschaft ein Unbehagen über solche Entwicklungen gibt. Es ist jedoch nicht die Aufgabe der Politik, Bezüge von leitenden Angestellten gesetzlich zu regeln. Hier gibt es eine Eigenverantwortung der Firmen. Wie sagte doch der ehemalige Bundesminister Günther Rexrodt: „Die Wirtschaft wird in der Wirtschaft gemacht.“

Ganz intensiv werbe ich dagegen in meiner Eigenschaft als Landtagspräsident für ein Denken über den Tag hinaus. Wir müssen gesamtgesellschaftlich handeln und Netzwerke zum Wohle unserer Betriebe bilden.

Auch weil ich aus meiner Zeit als Bürgermeister und Beigeordneter für Wirtschaft in der Landeshauptstadt Magdeburg um die Bedeutung des Dialogs zwischen Gesetzgeber, Verwaltung und Wirtschaft weiß, bin ich sehr gerne der Einladung zum Neujahrsempfang der Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau gefolgt. Ich freue mich, heute Abend einige Worte an Sie richten zu dürfen.

Gemeinsam sollten sich Politiker und Unternehmer in dem vor uns liegenden Jahr vor Augen führen, dass gesunde Wirtschaftsstrukturen ein unverzichtbares Fundament für eine stabile Demokratie sind. Andererseits geben eingeübte demokratische Verfahren den Unternehmen Stabilität und Rechtssicherheit. Ich sage es ganz deutlich: Wir sind aufeinander angewiesen!

Außerdem möchte ich an dieser Stelle betonen, dass ich in einer weltoffenen und in die internationalen Produktionsprozesse eingebundenen Gesellschaft die Zukunft unserer Heimat sehe.

Deutschland und Sachsen-Anhalt sind keine Inseln. Wir brauchen als rohstoffarme Gesellschaft den Austausch von Gütern, Gedanken und Ideen, um uns in der Mitte Europas dauerhaft unsere Lebensgrundlagen zu sichern.

Außerdem müssen wir attraktiv für Investoren aus aller Welt sein. Deshalb sind fremdenfeindliche Übergriffe schon aus Eigennutz abzulehnen. Lassen Sie mich an dieser Stelle mit Blick auf die Gruppierungen, die Ängste schüren, um daraus politisches Kapital zu schlagen, ganz klar sagen: Einen dümmeren Satz als den, dass Ausländer den Deutschen in Sachsen-Anhalt die Arbeit wegnehmen, habe ich selten gehört. Das Gegenteil ist der Fall: Investoren aus anderen Ländern haben in unserer Heimat Tausende von Stellen geschaffen!

Nie war dies für mich augenfälliger als bei meinem Besuch im Chemiepark Bitterfeld-Wolfen im vergangenen Jahr. Der Chemiepark - stellt die "Mitteldeutsche Zeitung" fest - braucht den Vergleich mit anderen Standorten in der Welt längst nicht mehr zu scheuen. Das Flair des Parks ist mit Firmen aus den USA, Australien, Schweiz, Chile, Japan, Belgien, Schweden, den Niederlanden, Großbritannien, Österreich, Luxemburg längst international.

Das gilt nicht nur für Bitterfeld-Wolfen, sondern auch für viele andere Orte in unserem Land. Ich nenne beispielhaft das Werk von DOW Chemical in Buna, die TOTAL-Raffinerie in Spergau bei Merseburg, das Kunstharzwerk in Piesteritz sowie die Mitteldeutsche Braunkohlengesellschaft Mibrag im Burgenlandkreis.

Wer vor diesem Hintergrund noch sagt, Ausländer sind schuld an der Arbeitslosigkeit in Sachsen-Anhalt, den kann man nur als ahnungslos oder Lügner bezeichnen.

Nutzen wir deshalb das Jahr 2008, um Sachsen-Anhalt und seine Wirtschaft weiter voranzubringen und an der Stärkung der Zivilgesellschaft mitzuwirken. Von der Rendite profitieren wir gemeinsam. Sei es durch Wachstum, Stabilität oder gar Frieden.

Herzlichen Dank!